



---

## Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

---

- a) **Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind**

Deutscher Bundestag, Verwaltung  
Referat ZT 6 - Vergaben  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227-33234  
Fax: 030/227-30374  
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

Geschäftszeichen/Vergabenummer: **ZT6-1133-2013-068-17-IT2** (Bitte angeben!)

- b) **Art der Vergabe**

Öffentliche Ausschreibung

- c) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit einer den Vergabeunterlagen beiliegenden Angebotsbeschriftung versehen.  
Eine elektronische Angebotsabgabe ist nicht möglich.

- d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung**

Lieferung von portabler Hardware und diversem Zubehör zur Lagerverwaltung an den Deutschen Bundestag in Berlin.

- e) **Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose**

Die Leistung wird in vier Fachlosen vergeben. Angebote können für ein, mehrere oder alle Lose abgegeben werden. Näheres zu der Losaufteilung kann der Leistungsbeschreibung entnommen werden.

- f) **Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

- g) **Leistungsbeginn**

Nach Zuschlag

---

**h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können**

Siehe a)

**i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist**

Ende der Angebotsfrist: 26.06.2013, 12.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31.07.2013

**j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen**

Keine

**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind**

Leistungsbeschreibung, Ergänzende Vertragsbedingungen für den Kauf von Hardware in der Fassung vom 1. April 2002, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

**l) Mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die die Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangen**

**Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind**

- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- Die Eigenerklärung zu den **Ausschlussgründen** nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern ist diese Erklärung auch für den Unterauftragnehmer abzugeben.
- Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister**/ in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1 des Angebotsvordrucks).
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung „INS“ (Punkt 2 des Angebotsvordrucks).
- Bei Verfehlung gemäß Ziffer 2 des Angebotsvordrucks: Stellungnahme gemäß den Anforderungen unter „HINWEIS“ auf einer dem Angebot beizufügenden Anlage.

**Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind**

- **Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis** (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

**Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden**

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:  
Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**m) Sofern verlangt, Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen**

Keine

**n) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden**

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot nach dem Kriterium Preis (Gewichtung 100 Prozent).

**o) Sonstige Hinweise**

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 17. Juni 2013 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im Ermessen der Vergabestelle.